

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtredaktion
Tageblatt Riess,
Herrnstr. 20.
Telefon Nr. 82.

Das Riessner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riess, des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Dresden 1833.
Konto:
Riess Nr. 82.

Nr. 46.

Donnerstag, 23. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riessner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Austritts von Abonnenten vor Bezahlung der Beiträge behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; jeitragende und tabellarische 50, Aufsätze, sehr stark, 50 Pfennig. Bei längerer Laufzeit ermäßigt, wenn der Betrag vorläuft, durch Abgabe von Auftragszetteln in Kontant. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage: "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riess. Geschäftsführer: Wilhelm Dittich, Riess. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nitzmann, Riess. für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riess.

Zur Tagung des Sicherheitskomitees.

Aus dem von dem deutschen Delegierten in Genf mitgeteilten Vorschlag Deutschlands zur Sicherungsfrage lassen sich zwei ganz bestimmte Momente herausheben. Der deutsche Standpunkt selbst unterscheidet sich in den bestimmenden Punkten des Sicherheitsproblems recht wesentlich von den Ansichten, die die übrigen Großmächte vertreten. Er ist eine selbständige Stellungnahme und geht keine eigenen Wege. Das zweite bestimmende Moment in diesem deutschen Vorschlag ist die Bereitwilligkeit des Reiches zur Mitarbeit. Dieser Wille zur Mitarbeit bezieht aber auch, daß Deutschland sich mit seinen Wünschen und Forderungen auf der durch die politische Lage gegebenen Basis der Möglichkeiten zu halten gedenkt. Das Reich vertritt zwar keine eigene Ansicht in der Behandlung des Sicherheitsproblems, aber es gibt zu erkennen, daß es zu einem positiven Mitwirken an dem Aufgabenkreis bereit ist, womit auch ausgesprochen ist, daß es verhandeln will, abwägen will, aus der Situation das möglichst Günstigste für Deutschland herausfinden will. Man die deutsche Haltung in Genf auf eine Formel bringen, so lautet sie: Deutschland bemüht sich, mitzuarbeiten, um durch diese Mitarbeit das Schlimmste zu verhüten.

Die ersten Tage der Aussprache über das Sicherheitsproblem in Genf haben gelehrt, daß Deutschland mit seinem Standpunkt zur Lösung der Sicherungsfrage isoliert geblieben ist. Wenn auch mit gewissen Unterschieden haben fast alle der in Genf vertretenen Nationen sich hinter die Festsatz Frankreich gestellt. England zeigte zwar schon durch sein bekanntes Memorandum zur Sicherungsfrage, daß es in mehr als in einer Hinsicht den deutschen Bedenkensrichtungen Rechnung zu tragen bereit ist; aber diese Befürwortung der deutschen Anregung geht in London nur so weit, als sie sich mit dem einzigen Zweck deckt, England neue Belastungen zu ersparen. Es besteht nun kein Zweifel darüber, daß in dem Augenblicke, wo die Genfer Verhandlungen ergeben, daß eine neue Belastung Londons durch die Sicherungsfrage nicht mehr notwendig ist, England auch entschlossen ist, seine Mitarbeit an der Sicherungsfrage in französischen Sinne zuzusagen. Diese Lage in Genf ist den deutschen Forderungen also recht wenig günstig. Was Deutschland übrig bleibt zu tun, ist der Versuch, das französische Programm möglichst abzumildern. Ob dieser Versuch sich lohnen wird, steht dahin. Daß er jedenfalls unternommen werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Man wird sich vielleicht in Deutschland erkaunt fragen, weshalb das Reich in der Behandlung der Sicherheits- und Abrüstungsfrage nicht die gleiche Taktik anwendet wie Sowjet-Rußland. Die russische Stellungnahme zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage stellt sich betont außerhalb des Rahmens der bisherigen Verhandlungen. Sie ist radikal, aber spannt, bemerkt auf Grund der Situation unüberführbar. Die russischen Vorschläge gehen von der Erkenntnis aus, daß der Boden Genf völlig überkommen ist von der Dialektik Frankreichs. Sie haben die Unüberführbarkeit zwischen den russischen Forderungen und den Ansichten der kapitalistischen Siegermächte zur Voraussetzung. Sie wollen keine Kompromisse, sondern nur die feste Befestigung der russischen Einkeltung. Sie wollen keine Lösung, weil sie eine Lösung für unüberführbar halten. So sind diese russischen Anregungen schon von vornherein zu einer Unlösbarkeit verurteilt. Sie sind indiskutabel, weil sie indiskutabel sein wollen. Wenn man ihnen überhaupt eine praktische Absicht unterlegen will, so liegt diese Absicht nur in dem Wunsch, Weltpropaganda und Agitation für den russischen Bolschewismus zu machen. Würde nun Deutschland eine ähnliche Taktik verfolgen wie Rußland, so würde nach der bekannten Rede Litwinows eingeschlagen hat, so würde es auch zu erkennen geben, daß es sich nicht auf den Boden der realen Möglichkeiten zu stellen gedenkt, daß es nicht praktisch mitzuarbeiten beabsichtigt, daß es nur Forderungen stellen will, auch dann, wenn eine Erfüllung dieser Forderungen völlig außerhalb des Bereiches einer Möglichkeit liegt. Mit einer solchen Stellungnahme wäre Deutschland nicht im geringsten gebieter. Seine berechtigten aber nichtbeherrschbaren im Hinblick auf die Situation weit gespannten Forderungen blieben unberücksichtigt, und auch gewisse Nebenziele stehen sich nicht durchsetzen, weil eben dann Deutschland zu einem Verhandeln nicht bereit wäre, nicht positiv mitzuarbeiten gewillt wäre, zu keinen Kompromissen, zu keinem Nachgeben entschlossen wäre. Eine solche Haltung Deutschlands würde sich aber keinesfalls mit seinem Eintritt in den Völkerbund in Einklang bringen lassen. Das Reich stellt durchaus die großen Differenzen zwischen seiner Einkeltung zu den Problemen der Genfer Institution und den Ansichten der meisten Großmächte zu dem gleichen Fragenkomplex in Rechnung. Aber es will diese Meinungsabstände beseitigen, nicht durch ein einseitiges Festhalten, nur durch ein Verhandeln, eine Mitarbeit, durch den Versuch, zu überzeugen, schließlich durch einen Versuch, der auf weite Sicht berechnet ist.

Die Isolierung heute noch die deutsche Ansicht im Gremium des Völkerbundes deutet, das lehrt nicht nur der bisherige Verlauf der Sicherheitsverhandlung in Genf, sondern auch in einem entscheidenden bezeichnenderen Maße die letzte Rede des belgischen Außenministers Dymans. Aus den vielen freundlichen Worten, die er Deutschland spendete, läßt sich doch nur das ewige "Nein" herauslesen: Sicherheit, dann erst Abrüstung. Neue Sicherheitsgarantien, dann erst Abrüstung des besetzten Rheinlandes: "Wenn Deutschland die Aufhebung der Besetzung, die eine der Hauptgarantien für die Bezahlung der Reparationen bildet, verlangt, so erwarten wir, daß es dafür neue Garantien vorbringt." Das alte ewige "Nein" mit der alten gleichen Melodie, die um keinen Ton verändertes "Nein" klingt. Das belgische Außenministers "Nein", und das "Nein" einer großen Mehrheit des Sicherheitskomitees, sie sind symptomatisch für den Geist einer Weltpolitik, der auch heute noch nicht weichen

Die deutschen Sicherheitsvorschläge in Genf.

Abluß der Generaldebatte im Sicherheitsausschuß.

Staatssekretär z. D. von Simson
über die deutschen Anregungen.

Genf, 22. Februar. Im Sicherheitskomitee dankte heute nachmittags Staatssekretär von Simson für die Beachtung, die die deutschen Vorschläge in der allgemeinen Aussprache, insbesondere heute durch die Vertreter Schwedens, Finnlands und Chiles, gefunden haben. Wenn Paul-Honcour gestern erklärt habe, daß Maßnahmen, wie sie der deutsche Delegierte vorschlägt, bereits früher im Ratkomitee geprüft und daß dessen Schlussfolgerungen durch den Rat genehmigt worden seien, so würde er doch, wie das bereits heute vormittag der schwedische Delegierte festgestellt habe, erklären, daß die deutschen Anregungen neue Elemente enthalten und ganz bestimmte Verpflichtungen vorsehen, während aus dem Bericht des Ratkomitees keine rechtlichen Verpflichtungen enthielten.

Zur Präzisierung seiner Anregungen verlas er dann folgende Formulierung der deutschen Anregungen: Im Interesse der Kriegsverhütung könnten vom Sicherheitskomitee folgende Möglichkeiten einer Prüfung unterzogen werden:

1. Für den Fall, daß der Rat mit einer konkreten Streitfrage befaßt ist, könnten die Staaten im Voraus die Verpflichtung übernehmen, vorläufige Empfehlungen des Rates anzunehmen und zur Ausführung zu bringen, die zum Zwecke haben, einer Verschärfung oder Ausdehnung der Streitfrage vorzubeugen und solche Maßnahmen der Parteien zu verhindern, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausführung der von dem Rat vorzuschlagenden Regelung haben könnten.
2. Insbesondere könnten die Staaten für den Fall, daß eine Kriegsgefahr vorliegt, im Voraus die Verpflichtung übernehmen, diejenigen Empfehlungen des Rates anzunehmen und zur Ausführung zu bringen, die zum Ziele haben, den militärischen Status quo des normalen Friedensstandes aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.
3. Für den Fall, daß feindselige Tendenzen irgendwelcher Art bereits begonnen haben, ohne daß nach Ansicht des Rates die Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleichs erschöpft sind, könnten die Staaten sich im Voraus verpflichten, einen vom Rat vorgeschlagenen Waffenstillstand zu Ende, zur See und in der Luft anzunehmen, wobei sie insbesondere die etwa bereits in fremdes Gebiet vorzudringenden Streitkräfte zurückzuführen und die Achtung der Staatshoheit des anderen Teiles sicherzustellen hätten.
4. Es wäre zu prüfen, ob die vorstehend bezeichneten Verpflichtungen nur bei Einstimmigkeit des Völkerbundesrates (ohne Zählung der Stimmen der beteiligten Staaten) oder aber auch bei einfacher oder qualifizierter Mehrheit zu übernehmen wären. Auch wäre zu prüfen, welche Form den Verpflichtungen zu geben wäre, damit sie mit dem Mechanismus der Völkerbundsanstalten im Einklang stehen.
5. Diese Verpflichtungen könnten in einem Vertrag oder Protokoll festgelegt werden, das allen Mitgliedern des Völkerbundes mit dem Zweck der Zeichnung offenstehen und vielleicht, ähnlich wie dies in dem Entwurf des Vertrages über gegenseitige Disziplinierung von 1923 vorzusehen war, für die verschiedenen Kontinente getrennt in Kraft treten könnte.

Nach Verlesung der deutschen Anregungen, die Staatssekretär z. D. v. Simson zur Weiterbearbeitung im Sicherheitskomitee zu Protokoll gab, nahm der deutsche Delegierte noch zu einigen in der allgemeinen Aussprache gesungen Bemerkungen Stellung. Gegenüber der Auffassung des polnischen Vertreters, man spreche heute nicht mehr davon, daß mit der Verwirklichung der Abrüstung auch ohne weitere Sicherheiten begonnen werden könne, betonte er, daß die deutsche Regierung nach wie vor an ihrer Abhängigkeit durch Beschlüsse der beiden letzten Völkerbundssammlungen beharrlich aufhänge, wozu auch auf der Grundlage der gegenwärtig gegebenen Sicherheitsverhältnisse eine erste Abrüstungskonferenz abgehalten werden kann. Wenn Lord Cusden mit dem ersten Teil seiner

Wendung, man wisse nicht, ob die Abrüstung mehr von der Sicherheit oder die Sicherheit mehr von der Abrüstung abhängt, den besonderen Verfall Polens und anderer Nationen gefunden habe, so wolle er den zweiten Teil dieser Wendung mit Nachdruck unterstützen. Wenn ferner Paul-Honcour eine meßbare Erhöhung der Sicherheit verlangte, die zahlenmäßig in die Abrüstungsbilanz eingeleitet werden könne, so liege der Wert einer Erhöhung der Sicherheit nach deutscher Auffassung auf politischem Gebiet.

Außerdem befaßte sich der deutsche Delegierte noch mit der Frage der Regionalverträge, auf deren Gebiet nach der Auffassung verschiedener Delegationen positive Ergebnisse erzielt werden könnten. Er wolle bei dieser Gelegenheit, der wichtigsten Aufgabe durchaus mitarbeiten, teile jedoch die französische Auffassung nicht, daß es sich dabei um eine vorwiegend technische Arbeit handle. Die Schaffung und Empfehlung solcher Verträge sei vielmehr von hochpolitischer Bedeutung, und er wolle in dieser Beziehung nur die eine Frage der Rückwirkung solcher Verträge auf bereits zwischen Völkerbundmitgliedern bestehende Verträge anderer Charakter, die in einigen der vorliegenden Regierungsentwürfen des Völkerbundes der Kritik gebietet haben.

Schließlich verlangte der deutsche Delegierte, daß vor der endgültigen Festlegung der Ergebnisse des Sicherheitskomitees zunächst den Regierungen Gelegenheit zur Kenntnisnahme und zur Meinungsäußerung gegeben wird.

Genf, 22. Februar. Vor Abschluß der allgemeinen Aussprache im Sicherheitskomitee haben heute nachmittags die Vertreter Argentiniens, Chiles und Bolivias den Standpunkt ihrer Regierungen dargelegt. Sie unterstützen gemeinsam den Wert der Schiedsinstanz und insbesondere des Vergleichswegs. Die beiden südamerikanischen Vertreter erklärten außerdem, daß für die Länder des südamerikanischen Kontinents der Begriff der Sicherheit nicht den gleichen Inhalt haben könne wie vielleicht für Europa, und daß für ihre Völker Schieds- und Vergleichsverträge eine genügende Garantie für die Sicherheit bilden. Der chilenische Vertreter erinnerte außerdem an den vom 5. panamerikanischen Kongress geschlossenen Vertrag zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle, um festzustellen, daß dieser Vertrag zwei Anregungen des deutschen Delegierten bereits verwirklicht, indem er den Signatarstaaten die Verpflichtung auferlegte, weder zu mobilisieren noch irgend sonst eine feindselige Handlung vorzubereiten, bis der vollständige Ausschluß seines Verichts fertiggestellt hat. Außerdem habe dieser Ausschluß das Recht, die Lage der beiden Parteien zu fixieren und den Status quo während des Verfahrens zu gewährleisten.

Der holländische Delegierte verlangte eine direkte Aktion des Völkerbundes zum Abschluß eines Kollektivvertrages, in dem besonders die Vergleichsmöglichkeiten rechtsverbindlich geregelt werden. Ein solcher Vertrag wäre nach seiner Auffassung auch dann wünschenswert und vorteilhaft, wenn er zunächst nicht die Regelung sämtlicher Streitfälle umfassen könnte. Er unterstützte in diesem Zusammenhang ferner den belgischen Antrag auf Beratung des schwedischen Vertragsentwurfes, wobei nach seiner Auffassung auch die deutschen Anregungen in Bezug auf einseitige Verpflichtungen des Rates zur Aufrechterhaltung des militärischen Status quo und Erklärung des Waffenstillstandes berücksichtigt werden sollten.

Nach Schluß der allgemeinen Aussprache wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Bereich ein Redaktionskomitee gebildet, das zwölf Mitglieder, darunter auch den deutschen Delegierten umfaßt. Das Redaktionskomitee soll sich zunächst mit den während der Diskussion vorgebrachten Bemerkungen und Anregungen befassen. Das Redaktionskomitee trat heute Donnerstag vormittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die nächste Volltagung des Sicherheitskomitees ist für Donnerstag nachmittag festgesetzt.

Die heute schriftlich eingebrachten deutschen Anregungen werden, nach einer Erklärung des Vorsitzenden Bereichs gelegentlich der Beratung des Berichtes von Politik über die Sicherungsfrage zur Erörterung gelangen.

will. Die deutsche "Mitarbeit" wird noch lange auf ihren ersten greifbaren Erfolg warten müssen.

Trohender Streik der Berliner Werkzeugmacher.

Berlin. (Lunton.) Nachdem der mitteldeutsche Metallkonflikt nach langen Verhandlungen soden beigelegt worden ist, droht es am Montag und Dienstag in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller zu einer Arbeitsunruhe zu kommen. Die Proklamierung des Streiks hängt nur noch von der Terminsetzung der Berliner Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes ab. Auch der Vorschlag des Vorstehenden des Schlichtungsausschusses, nochmals über die Forderungen zu verhandeln, führte zu keinem Ergebnis. Die Austragung des Konflikts war bisher nur mit Rücksicht auf den mitteldeutschen Streik und die von dem Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen angeordnete Generalauslieferung vertagt worden. Sollte es zum Streik kommen, so werden hieran etwa 4000 Werkzeugmacher beteiligt sein. Falls die Bezirksleitung des

Deutschen Metallarbeiterverbandes wirklich den Streik beschließt, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Arbeitgeberseite mit einer Gesamtauslieferung in der Berliner Metallindustrie antwortet.

Die litauische Antwort an Po'en.

Kowno. Das offizielle Blatt Lietuvos Aidas enthält eine Inhaltsangabe der litauischen Antwortnote an Polen, deren Übermittlung für Ende dieser Woche zu erwarten steht. Danach bringt die litauische Note keine Verantwortung der schroffen polnischen Fragestellung, weist vielmehr darauf hin, daß Jaleski in seiner Antwortnote auf die litauischen Einwände auf die Nichterfüllung der polnischen Aufgaben in Genf hinsichtlich der litauischen Schulen im Lituanengebiet sowie der Auflösung der Emigrantentruppen nicht eingeht. Die litauische Regierung steht im Gegensatz zu der Auffassung Jaleskis nicht auf dem Standpunkt, daß durch die Genfer Vereinbarungen die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Ländern den Kernpunkt der Verhandlungen bilden soll, und wiederholt nur den Vorschlag aus ihrer ersten Note, daß der Völkerbund die Vermittlung in dieser Frage übernehmen soll.